

EU IM NAHEN OSTEN

# Bombengeld aus Brüssel?



*Zwischen 2000 und 2003 flossen rund 925 Millionen Euro aus Brüssel an die Palästinensische Autonomiebehörde. Yasser Arafat auf Besuch bei EU-Kommissar Christopher Patten (1. von links) im Mai 2001.*

*(Foto: EU-Kommission)*

**Unterstützt die EU palästinensische Terroristen? Diese Frage sollte die Anti-Betrugsbehörde der EU (Olaf) Anfang des Monats endlich beantworten.**

Der zuständige EU-Kommissar Chris Patten weist hartnäckig jeden Verdacht weit von sich, andere sind zumindest am zweifeln: Schon seit Jahren stehen Vorwürfe im Raum, dass EU-Gelder zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde für terroristische Aktivitäten umgeleitet und missbraucht wurden. Für den EU-sozialistischen Europa-Abgeordneten François Zimeray hingegen sprechen die bereits bekannten Fakten eine deutliche Sprache: "Unsere Blindheit und unsere Gutgläubigkeit hat Menschen getötet."

Im März sollte es so weit sein, bis dahin wollte das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf) geklärt haben, ob die EU tatsächlich indirekt an der Ermordung von Israelis beteiligt ist. Doch der angekündigte Bericht lässt auf sich warten. "Es wird noch Monate dauern, bis die Untersuchungsergebnisse vorgelegt werden", sagte Alessandro Butticié, ein Sprecher der Behörde, diesen Dienstag gegenüber der woxx. Doch auch dann wird die Öffentlich-

keit lediglich in begrenztem Umfang erfahren, was die Ermittler herausgefunden haben. Denn der Bericht, ergänzt Butticié, soll nur der europäischen Kommission und anderen EU-Institutionen vorgelegt werden.

## EU ist größter Geldgeber

Die Europäische Union ist mit Abstand der größte Geldgeber der Palästinensischen Autonomiebehörde. Zwischen 2000 und 2003 flossen aus verschiedenen EU-Fonds rund 925 Millionen Euro an die Regierung. Als Israel mit dem Beginn der zweiten Intifada die Weiterleitung jenes Teils der Einfuhrzölle, der Arafats Behörde zugestanden wurde, stoppte, sprang die EU-Kommission auch hier in die Bresche: Zehn Millionen Euro direkte Finanzhilfe überwies sie monatlich zwischen September 2001 und November 2002. Mit den Pauschalzahlungen sollten die Gehälter von Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen finanziert werden.

Zu dieser Zeit mehrten sich bereits die Vorwürfe, die Behörde unter Leitung von EU-Außenkommissar Chris Patten, unterstütze mit ihren Zahlungen den palästinensischen Terrorismus. Patten wollte die Kritik aussitzen, doch als das EU-Parlament schließlich mit der Sperrung eines Teils der EU-Palästinenserhilfe drohte, fügte er sich und stellte die Pauschalzahlungen Ende 2002 ein. Anschuldigungen, dass auch Gelder aus den diversen Projekthilfen in terroristische Kanäle abgezweigt wurden, konnte Patten jedoch nicht entkräften.

Im Gegenteil: Ausgerechnet der Internationale Währungsfonds (IWF), auf den sich Pat-

ten immer berufen hatte, veröffentlichte im September 2003 einen Bericht, wonach bis 2000 insgesamt 900 Millionen Euro internationale Finanzhilfe, die an die Palästinensische Autonomiebehörde gezahlt worden sei, in die Hände von Terroristen gelangten. IWF-Schätzungen zufolge kommen zwei Drittel der genannten Summe aus verschiedenen EU-Fonds, der Rest stammt aus einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und Hilfsorganisationen. Hauptnutznießer sind vermutlich die Al-Aqsa-Brigaden, die Jassir Arafats Fatah-Bewegung nahestehen. So sagte der frühere palästinensische Minister für Jugend und Sport, Abdel Fattah Hamayel, in einem Interview mit der BBC, dass über Jahre hinweg pro Monat 50.000 Dollar von der internationalen Hilfe abgezweigt und an die Al-Aqsa-Brigaden geflossen seien. Auf welchem Weg dies geschieht, ist bislang ungeklärt.

Eine mögliche Antwort liegt in Arafats Privatkonten, auf denen er öffentliche Gelder verwaltet. Mit ihnen bezahlt er nicht nur seine Helfer im Amtssitz, sondern er entlohnt auch zigtausende ihm unterstehende Polizisten. Von diesen Löhnen hält Arafat aber noch Steuern in Höhe von 15 Prozent zurück. Der ehemalige palästinensische Premierminister Mahmud Abbas gab in der Bilanz seiner Amtszeit zu: "Ich weiß nicht, wohin diese Steuern gehen."

## Parlamentarische Kontrolle - nein Danke

Ilka Schroeder, ehemals Grüne und jetzt parteilose Abgeordnete im Europaparlament startete im Herbst 2002 eine Initiative für einen Untersuchungsausschuss. Er sollte klären, wofür die EU-Zahlun-

gen an die Palästinensische Autonomiebehörde im Detail verwendet werden. Die 170 erforderlichen Unterschriften seitens der Parlamentarier wurden zwar aufgebracht, doch dann beschloss die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden, dem Plenum den Antrag gar nicht erst zur Abstimmung vorzulegen. Ein ungewöhnlicher Vorgang, der sogar der Revision der Geschäftsordnung bedurfte - waren doch bislang Anträge auf Untersuchungsausschüsse, denen die Fraktionsvorsitzenden nicht zustimmen wollten, dem Plenum stets mit der Empfehlung vorgelegt worden, diese abzulehnen.

"Der Untersuchungsausschuss wurde von den Vorsitzenden der großen Fraktionen erfolgreich verhindert", fasst Ilka Schroeder das Scheitern der Initiative zusammen.

Merkwürdig auch das Verhalten jenes EU-Kommissariats, dessen Arbeit mittels parlamentarischer Kontrolle unter die Lupe genommen werden sollte: Die luxemburgische Europa-Abgeordnete Colette Flesch (DP) erwähnte am Rande eines Pressegesprächs, Chris Patten habe persönlich bei verschiedenen Abgeordneten angerufen, um sie davon zu überzeugen, gegen den Untersuchungsausschuss zu stimmen.

Zu keinem Zeitpunkt rückte Patten indes von seiner Haltung ab, dass es nach dem Stand der Erkenntnisse und nach intensiver Prüfung aller vorhandenen Dokumente keine Hinweise gebe, dass "EU-Gelder zur Unterstützung von Terrorismus" missbraucht würden.

Und immer wieder genügte es ihm, zum Beleg auf den IWF zu verweisen, der die

Zahlungen genauestens prüfe und monatlich eine Unbedenklichkeitserklärung zuesende.

Das ist schlicht falsch, wie Thomas Dawson deutlich macht: Der IWF überwache oder kontrolliere nicht "jeden Posten im Budget", so der Leiter des IWF-Abteilung für Außenbeziehungen gegenüber dem "Independent". "Diese Prüfungsfunktion geht weit über das aktuelle Mandat des IWF hinaus." Auch andere IWF-Offizielle widersprachen Pattens Darstellung und betonten, ihre Organisation sorge lediglich dafür, dass die Gelder zur richtigen Zeit auf die richtigen Konten flössen. Sie habe aber keine Kontrolle darüber, wie die Gelder ausgegeben würden.

Sollte sich im Zuge der Olaf-Ermittlungen der Verdacht bestätigen, dass Gelder aus EU-Fonds für terroristische Aktivitäten missbraucht wurden, wird dies nach dem Willen des französischen Europaabgeordneten François Zimeray deshalb "personelle Folgen haben". Auch der deutsche Abgeordnete Markus Ferber (CSU) hält einen Rücktritt Pattens in diesem Fall "für durchaus möglich". Dieser habe dann "das Parlament belogen. Und das ist der schwerste Vorwurf, den man einem Kommissar machen kann."

Um die Informationen zu erhalten, von denen Patten offensichtlich nichts wissen will, genügt es nach Darstellung eines Artikels in der "Zeit", in den Palästinensischen Autonomiegebieten einen Fernsehapparat einzuschalten. So predigte ein Imam am 12. April 2002 auf PA-TV, dem Sender der Autonomiebehörde, folgende Worte: "Oh, Allah, nimm uns als Märtyrer auf in den Himmel. Oh, Allah, bring einen rabenschwarzen Tag über die Juden. Oh, Allah, lösche die Juden aus und auch ihre Förderer. Oh, Allah, hisse das Banner des Heiligen Krieges im ganzen Land." Seine Predigt muss der Imam bei der Autonomiebehörde autorisieren lassen, bevor sie auf jenem Sender ausgestrahlt wird, den die EU seit Jahren fördert. Dies diene der "Schaffung eines offenen und pluralistischen Informationssystems und somit der Errichtung einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft", wie es offiziell heißt.

## "Alarmierende" Recherche-Ergebnisse

Die "Zeit" recherchierte laut eigenen Aussagen in Brüssel, Israel und den palästinensischen Gebieten, die Ergebnisse seien "alarmierend". So wird beispielsweise auch in palästinensischen Schulbüchern - ihr Druck wird von sechs EU-Ländern finanziert - die Idee des Friedens weiterhin nicht erwähnt. Zwar hat die palästinensische Schulbuchkommission, die ebenfalls mit EU-Geldern gefördert wird, die alten Bücher mit ihrem offenen Antisemitismus teilweise durch neue Fassungen ersetzt. Doch auch dort existiert der Staat Israel auf keiner Landkarte, statt dessen findet man den Staat "Pa-



*Im Einsatz gegen Betrug und Korruption: Agenten vom Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf). (Foto: EU-Kommission)*

lästina", der sich vom Jordan bis zum Mittelmeer erstreckt. Und als der CDU-Europaabgeordnete Armin Laschet im Juli 2001 in den Nahen Osten reiste, musste er feststellen, dass inzwischen gar die alten antisemitischen Bücher mit Hilfe europäischer Staaten neu aufgelegt werden. Die Namen der Geberländer sind auf dem Einband zu finden.

Informationen des deutschen Magazins "Stern" und des britischen "telegraph" zufolge sollen des Weiteren über Nichtregierungsorganisationen EU-Gelder an die Al-Aqsa-Brigaden geflossen sein. Im vergangenen No-

vember hatten die beiden Blätter berichtet, das europäische Amt zur Betrugsbekämpfung Olaf ermittle in Aachen und im belgischen Verviers gegen Vereine, die Gelder zur Finanzierung von Einwanderungsprojekten an die Terrorgruppierung weitergeleitet haben sollen. Und Anfang Februar meldete die "Welt", ein vertraulicher Bericht, den Olaf-Ermittler nach einem Aufenthalt in Jerusalem abgefasst hätten, nähere den Verdacht, dass EU-Gelder zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten missbraucht worden seien. Die französische "libération" wiederum zitiert einen

Zwischenbericht der EU-Behörde, der keinerlei Beweise für eine Veruntreuung von EU-Geldern liefere. Ein Bericht, der bislang jedoch der Öffentlichkeit vorenthalten wird.

Ein Ad-hoc-Ausschuss des Europa-Parlaments hat seine Arbeit mittlerweile abgeschlossen, will aber den Bericht erst vorlegen, wenn Olaf seine Untersuchungen beendet hat. Der österreichische Europaabgeordnete Hannes Swoboda (SPÖ) ließ jedoch verlauten, es gebe immerhin Hinweise, "dass Hilfgelder der EU indirekt in den Nahbereich terroristischer Organisationen geflossen sind".

Bei Olaf hält man sich weiterhin bedeckt und weist Spekulationen zurück. "Wir haben bis zu diesem Moment keinerlei Beweise finden können, die belegen, dass Terrorismus oder andere illegale Aktivitäten mit EU-Geldern finanziert worden wären", sagt Behördensprecher Alessandro Butticé. Und er fügt hinzu: "Das heißt jedoch nicht, dass alles ok ist - deshalb sage ich: bis zu diesem Moment." Wann tatsächlich die Stunde der Transparenz im Brüsseler Aufklärungsinstitut schlagen soll, ist weiterhin unklar.

Danièle Weber

haft nachgehen und die PA auffordern, diesen zu widerlegen.

**Der Verdacht, mit EU-Geldern würde Terrorismus gegen Israelis finanziert, wiegt schwer. Wieso hält sich Ihrer Meinung nach die Empörung im Parlament in Grenzen?**

Es gibt einen gewissen Unwillen, sich überhaupt mit dem Thema zu beschäftigen. Auch, weil man sich in Brüssel und Straßburg gerne als Gutmenschen-Versammlung versteht. Als Vertreter einer EU-Politik, welche die Weltmachtrolle der als moralisch nicht integeren gebrandmarkten USA hinterfragt - und sich selbst als Hüterin der Menschenrechte darstellen möchte. Da passt der Vorwurf der Terrorismus-Finanzierung nicht ins Bild. Deshalb mag man ihn auch nicht hören.

**Wie verhält sich die Linke im Parlament?**

Die Linken haben sich im Parlament am stärksten gegen die Aufdeckung des EU-Finanzierens antisemitischer Attentate verwehrt. Von Sozialdemokraten und Grünen hat nur je ein Abgeordneten die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss unterschrieben. In meiner Fraktion, der Vereinigten Linken, waren es nur wenig mehr. Die größte Unterstützung kam leider von Liberalen und einigen Christdemokraten.

**Möglicherweise wird der Olaf-Bericht eher eine Entwarnung darstellen. Was kann oder müsste danach von parlamentarischer Seite noch passieren?**

Es wird sich herausstellen, ob man den Skandal herunterspielen will und beispielsweise darauf hofft, das Thema im Wahlkampf und dem Loch danach versacken zu lassen. Ich denke, im Parlament haben wir das Maximum versucht. Immerhin müssen EU-Politiker dazu Stellung beziehen, dass EU-Gelder an die PA gingen. Das ist wahrscheinlich das Höchste, was sich erreichen ließ. Die EU-Politik hat sich dadurch nicht geändert - doch es hat eine Diskussion darum gegeben.

Interview: Danièle Weber

INTERVIEW

# "Kein Interesse an Aufklärung"

Ein Untersuchungsausschuss des Europaparlaments zur Aufklärung der Verwendung von EU-Geldern bei der Palästinensischen Autonomiebehörde kam nicht zustande. Woxx sprach mit der Initiatorin und Europa-Abgeordneten Ilka Schröder.

**woxx: "Die Olaf-Untersuchung ist ein Witz" haben Sie in einer Presseerklärung mitgeteilt. Wieso halten Sie so wenig von der Arbeit dieser Behörde?**

**Ilka Schröder:** Die Vorwürfe, dass EU-Gelder über die Palästinensische Autonomiebehörde an terroristische Vereinigungen flossen, drangen im Mai 2002 an die breitere Öffentlichkeit. Zu dieser Zeit hat Olaf jedoch nichts unternommen. Da es sich um den Einsatz von EU-Geldern handelte, wäre es zweifellos seine Aufgabe gewesen, eine Untersuchung einzuleiten.

Als ich jedoch bei der Behörde anfragte, sich die Vorwürfe näher anzusehen, passierte nichts. Erst einen Tag, nachdem wir im Parlament die nötigen Unterschriften für einen Untersuchungsausschuss zusammen hatten und das auf einer Pressekonferenz bekannt gaben, fing Olaf an, aktiv zu werden.

**Inzwischen sickerten über die Presse Informationen über den noch ausstehenden Zwischenbericht an die Öffentlichkeit. Haben Sie als Abgeordnete diesen Bericht bekommen?**

Nein, das Parlament hat weder den Bericht noch andere Informationen erhalten. Man hat uns immer wieder darauf hingewiesen, dass bis zum Ende der Untersuchungen nichts zu erfahren sei. Die Informationspolitik dieser Behörde deutet darauf hin, dass der Skandal vertuscht werden soll.

**Könnte eine parlamentarische Untersuchungskommission mehr ausrichten als Olaf?**

Olaf ist dazu da, Korruptionsfälle aufzudecken. Mir ging es bei der Initiative für einen parlamentarischen Ausschuss nicht darum, herauszufinden, ob EU-Gelder etwa in den Bau privater Swim-

mingpools geflossen sind. Das wäre mir ohnehin lieber, als wenn sie dazu dienen, israelische Bürger umzubringen. Mich hat primär die Frage interessiert, ob EU-Gelder zur Finanzierung antisemitischer Selbstmordattentate beigetragen haben. Ich habe in dem Ausschuss ein Instrument gesehen, um die EU-Politik im Nahen Osten in größerem Maßstab aufzudecken.

**Trotz der ausreichenden 170 Unterschriften wurde der Ausschuss verhindert. Waren die Unterzeichnenden verärgert?**

Viele haben die Beruhigungsspielle der dann installierten "Working Group" geschluckt. Leider müssen sie jetzt feststellen, dass innerhalb dieser Gruppe bislang nichts passiert ist. Obwohl die Beweise auf dem Tisch liegen.

**Welche zum Beispiel?**

Etwa die fehlende Kontrolle des Haushalts der Palästinensischen Autonomiebehörde. Es stimmt nicht, dass dieser Haushalt vom IWF überprüft wird. Zumindest diese Kontrolle müsste meines Erachtens sichergestellt werden. Oder aber die Tatsache, dass Mitglieder von antisemitischen terroristischen Vereinigungen auf der Gehaltsliste der PA stehen.

Dem wird von Seiten der EU lapidar entgegengesetzt, man könne schließlich nicht wissen, ob diese Gehälter tatsächlich mit EU-Geldern bezahlt wurden. Die Haltung der EU ist klar: So lange nicht bewiesen ist, dass genau dieser oder jener Euro aus Brüssel auch wirklich zur Finanzierung eines antisemitischen Anschlags diente, so lange interessiert das Ganze nicht. Genau das wird man jedoch nie beweisen können. Gäbe es ein wirkliches Interesse, eine solche Finanzierung zu verhindern, würde man auch schon dem Verdacht ernst-

Avis

## MINISTERE DES TRAVAUX PUBLICS ADMINISTRATION DES BATIMENTS PUBLICS DIVISION DES TRAVAUX NEUFS AVIS D'ADJUDICATION

Le **mercredi 14 avril 2004 à 10:00 heures** du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant

**les travaux de parachèvement en entreprise générale à exécuter dans l'intérêt du Centre pénitentiaire à Schrassig-Buanderie.**

**Envergure des travaux:**

**travaux de chapes:**

- préchapes	+/- 3.045 m²
- isolation	+/- 3.125 m²
- chapes	+/- 775 m²
- chapes au quartz	+/- 4.175 m²

**travaux de carrelages:**

- revêtement de sol grès cérame	+/- 3.630 m²
- plinthes grès cérame	+/- 780 ml
- revêtement mur grès cérame	+/- 1.210 m²

**travaux aggloméré marbre/résine:**

- revêtement de sol	+/- 125 m²
- revêtement escaliers	+/- 155 marches et contre marches
- plinthes	+/- 240 ml

**travaux de linoléum:**

- revêtement de sol	+/- 265 m²
- plinthes	+/- 185 ml

**travaux de menuiserie intérieure bois:**

- chambranles +/- 32 pces	
- portes	+/- 48 pces

**travaux de serrurerie:**

- chambranles	+/- 16 pces
- chambranles et portes pleines	+/- 33 pces
- chambranles et portes pleines coupe-feu REI30 et REI60	+/- 30 pces
- chambranles et portes vitrées coupe-feu REI30 et REI60	+/- 25 pces
- grilles sous coupoles	+/- 168 m²
- garde-corps escalier	+/- 65 m²

**travaux de faux-plafonds:**

- faux-plafonds métalliques +/- 550 m²	
- faux-plafonds bois	+/- 325 m²

**travaux de peinture:**

- latex sur murs	+/- 11.900 m²
- acryl sur murs	+/- 380 m²
- latex sur plafonds	+/- 2.300 m²
- peinture sur serrurerie	+/- 1.550 m²

**travaux de construction métallique:**

- grille caillebotis et sous-construction	+/- 130 m²
- escaliers métalliques	+/- 2 pces

Les travaux sont adjugés en entreprise générale partielle. La durée des travaux est de 140 jours ouvrables à compter de juin 2004.

Les amateurs sont tenus d'introduire leur **candidature écrite** au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des Bâtiments publics  
"Soumissions"  
Boîte Postale 112  
L-2011 Luxembourg  
Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le **jeudi 11 mars 2004**.

Les pièces conformes aux prescriptions du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003 et portant l'inscription: **"Soumission pour les travaux de parachèvement en entreprise générale dans l'intérêt du Centre pénitentiaire à Schrassig/Buanderie"** doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 9 mars 2004

La Ministre des Travaux Publics Erna Hennicot-Schoepges

**Immobilien - Verkauf:**

Haus von 1900 in Bonneweg zu verkaufen:  
Küche + grosse Bibliothek in Erlenholz geölt,  
Wohn + Esszimmer, 3-4 Schlafzimmer mit original Holzböden geölt,  
2 Bäder, WC, Terrasse, Keller, grosser Garten. Zustand: bezugsfertig  
Tel.: 29 65 73  
Preis: 675.000 Euro



Ilka Schröder ist parteilose Abgeordnete im Europaparlament. Vor allem wegen der Pro-Kriegs-Linie von Bündnis 90 - Die Grünen während des Kosovo-Kriegs trat sie 2001 aus der Partei aus und ist seitdem assoziiertes Mitglied der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken.